Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 8. März 1882. Nr. 113.

Deutschland.

Berlin, 7. März. Die Grundzüge für die gesetzliche Regelung der Krankenversicherung der Arbeiter (Hilfskassen-Gesetz) sind nach dem Entwurf, wie er jetzt dem Volkswirthschaftsrath vorliegt, folgende:

I. Versicherungszwang. A. Statt des bisher zulässigen, auf Titel VIII. der Gewerbe-Ordnung beruhenden mittelbaren, durch Ortsstatut oder Beschluß eines weiteren Kommunalverbandes bedingten Zwanges zur Bildung von Krankenkassen für gewerbliche und Fabrikarbeiter beziehungsweise zum Beitritt zu diesen Kassen wird ein unbedingter gesetzlicher Zwang zur Krankenversicherung eingeführt und zwar für folgende Arbeiter: 1. Für alle in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungs-Anstalten, Brüchen und Gruben, auf Werften, in Fabriken und Hüttenwerken, beim Eisenbahn- und Binnen-Dampfschifffahrtsbetriebe, sowie bei Bauten beschäftigten Arbeiter; 2. für alle nicht unter Nr. 1 fallenden, gegen Lohn beschäftigten Handwerksgesellen und Lehrlinge; 3. für alle in anderen stehenden Gewerbetrieben gegen Lohn und nicht lediglich mit einzelnen vorübergehenden Dienstleistungen beschäftigten Gehülfen und Arbeiter, soweit sie nicht unter B. 1 bis 4 fallen.

B. Durch Ortsstatut oder, soweit auf diese Weise einem hervortretenden Bedürfnisse nicht abgeholfen wird, durch Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde kann der Zwang zur Krankenversicherung begründet werden: 1. Für Handlungs-Gehülfen und Lehrlinge, für Gehülfen und Lehrlinge in Apotheken; 2. für die in Transportgewerben beschäftigten Arbeiter, welche nicht unter A. 1 fallen; 3. für die von Gewerbetreibenden außerhalb ihrer Betriebsstätten beschäftigten Personen; 4. für selbständige Gewerbetreibende, die in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind. (Haus-Industrie.)

II. Formen der Krankenversicherung. Die Versicherung kann erfolgen: A. durch die Gemeinde-Krankenversicherung; B. durch Orts-Krankenkassen, die von den Gemeinden für sämmtliche innerhalb des Gemeindebezirks in einem oder mehreren Gewerben beschäftigten Arbeiter zu errichten sind; C. durch Innungs-Krankenkassen; D. durch Fabrik-Krankenkassen; E. durch eingeschriebene Hülfskassen. Der Gemeinde-Krankenversicherung unterliegen alle diejenigen Versicherungspflichtigen, welche nicht den unter B bis D bezeichneten Kassen als Mitglieder angehören.

Titel III handelt von dem Gegenstand der Versicherung und Versicherungsbeitrage. Als Krankenunterstützung ist für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit bis zur Dauer von 13 Wochen zu gewähren: a) entweder die Hälfte des ortsüblichen Tagelohns neben freier ärztlicher Behandlung und zwei Dritteln der Arzneikosten, b) oder zwei Drittel des ortsüblichen Tagelohns.

Titel IV handelt von den Pflichten der Arbeitgeber. Die Arbeitgeber haben jeden Versicherungspflichtigen, welchem sie Beschäftigung geben, spätestens am dritten Tage nach Beginn der Beschäftigung anzumelden und spätestens am dritten Tage nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses wieder abzumelden; sie müssen ferner die Versicherungs- und Krankenkassenbeiträge wöchentlich pränumerando für die oben Bezeichneten einzahlen.

Der V. Titel handelt von der Organisation und Verwaltung der Gemeinde- und Fabrikkrankenkassen, der VI. Titel von der Beaufsichtigung der Kassen, der VII. Titel von dem Verhältniß der Knappschaftskassen zur Krankenverpflegung, der VIII. Titel enthält die Uebergangsbestimmungen.

— An leitender Stelle bringt heute die „Nordd. Allg. Ztg." den folgenden bemerkenswerthen Artikel:

„Kaum haben unsere an dem deutschen Export nach Rußland betheiligten Industriellen und Kaufleute Zeit gehabt, sich in die neuen Verhältnisse einigermaßen einzuleben, welche durch die wiederholten erheblichen Steigerungen des russischen Zolltarifs herbeigeführt worden sind, so droht ihnen schon wieder neue Beunruhigung von der nämlichen Seite. Wie uns mitgetheilt wird, soll man im Petersburger Zolldepartement abermals mit bedeutenden Zollerhöhungen umgehen, vor Allem für Chemikalien, Farben, Farbwaaren, rohe Häute, Metallwaaren aus Messing 2c., Leinen- und Jutewaaren. Zugleich sollen alle bisher zollfrei gewesenen Artikel einem Zolle unterworfen werden. Sind es auch augenblicklich nur erst Gerüchte, mit denen wir es hierbei zu thun haben, so scheinen uns dieselben nach den Erfahrungen der letzten Jahre doch immerhin sehr beachtenswerth; denn auch in den früheren Fällen russischer Tariferhöhungen drangen nur mehr oder weniger beglaubigte Gerüchte darüber zu uns, bis plötzlich zur Ueberraschung der diesseitigen Betheiligten die Thatsachen ihnen schnell und ohne schonende Fristgewährung folgten.

„Indem wir daher unserer publizistischen Pflicht gemäß die interessirten Kreise auf diese Gerüchte zeitig aufmerksam machen, wollen wir uns damit nicht schon von der Hoffnung lossagen, daß die Gerüchte diesmal doch vielleicht nur Gerüchte bleiben. Sollten sie sich aber bewahrheiten, so würde unserer Meinung nach die Frage der Repressalien endlich doch einmal ernstlich ins Auge gefaßt werden müssen. Zwar wird Niemandem einfallen, das Recht der russischen Regierung zu fortwährenden Aenderungen und Erhöhungen des russischen Zolltarifs irgend in Zweifel zu ziehen, aber man wird sich doch fragen dürfen, ob der Gebrauch, den die russische Regierung von diesem Rechte macht, nicht ein derartiger sei, daß der ruhige Nachbar davon gar zu oft und gar zu sehr beeinträchtigt wird.

„Mögen die freundschaftlichen politischen Beziehungen zu dem großen Nachbarreiche auch eine ausreichende Erklärung dafür geben, daß wir auf wirthschaftlichem Gebiete nicht bisher schon Abwehr oder Vergeltung solcher immer wiederkehrenden Störungen gesucht haben, so kann doch die Unterordnung der wirthschaftlichen Rücksichten unter die politischen nicht dauernd und nicht immer bloß von unserer Seite geübt werden. Vielmehr würde auch unsererseits — unbeschadet des Wunsches und der Hoffnung auf fernere Erhaltung und Befestigung des besten politischen Einvernehmens mit Rußland — endlich dazu übergegangen werden müssen, der russischen Ausfuhr nach Deutschland das zu vergelten, was unserer Ausfuhr nach Rußland in immer neuen Aenderungen und Beunruhigungen zu Theil wird. Wenn diese unseres Dafürhaltens nothwendige Folge die russischen Finanzbehörden erwägen und berücksichtigen möchten, so würde es freilich für beide Theile wohl besser sein."

Der Ernst der Ankündigung von Maßregeln, welche sich als Repressalien gegen geplante russische Zollerhöhungen einführen, wird allerdings gemildert durch den Ausdruck der Hoffnung auf fernere Erhaltung und Befestigung des besten politischen Einvernehmens mit Rußland. Wie von russischer Seite verbreitet wird, würde das demnächst zu veröffentlichende Budget des russischen Reiches günstige Aussichten eröffnen. Um so mehr muß es zu denken geben, daß gerade in den jetzigen Verhältnissen Rußland eine solche zollpolitische Verschärfung eintreten lassen will.

— Die Anerkennung des von dem serbischen Fürsten angenommenen Königstitels durch Deutschland steht unzweifelhaft bevor; ebenso scheint die russische Anerkennung gesichert; die österreichischen offiziösen Organe haben sich schon beeilt, die Rangerhöhung Serbiens sympathisch zu begrüßen. Diplomatische Schwierigkeiten stehen daher dem Eintreten Serbiens unter die Königreiche nicht entgegen.

Wie aus London von heute telegraphisch gemeldet wird, sieht die „Times" die Umwandlung Serbiens in ein Königreich als ein Ereigniß von großer politischer Wichtigkeit an, Oesterreich habe sich, indem es dem Fürsten Milan den Anspruch auf den Königstitel gewährt, die wohlwollende Neutralität Serbiens gesichert und damit die Gefahr einer Betheiligung der Serben an dem Aufstande der Slawen in der Herzegowina wirksam abgewendet.

— Herr Nesnakomez (Ssuworin) erzählt in seinem Blatte, der „Nowoje Wremja", wie er in St. Petersburg, der Stadt des russischen Westens, der Stadt der ewigen Gerüchte müde nach Moskau gereist sei, um in der Stadt des russischen Ostens, der Stadt der Ruhe, in der russischen Philosophie eine Stätte zu haben, sich zu erheben. Herr Nesnakomez trifft in seinem Kupee einen angesehenen Moskowiten, der beide Residenzen gleich gut kennt, und läßt sich mit ihm in eine Unterhaltung ein. Nachdem der Moskowite zuerst weidlich seinem Unwillen über St. Petersburg und die St. Petersburger Luft gemacht, lenkt er das Gespräch auf das Gebiet der Politik und spricht von einem Bündniß Rußlands mit „Germanien". Auf die erstaunte Frage des Herrn Nesnakomez: „Was, Sie sind für ein Bündniß mit dem Deutschen (Nemez)?" antwortete der Moskowite:

„Nicht mit dem Deutschen (Nemez), sondern mit „Germanien". Das ist nicht ganz ein und dasselbe. Nemez ist einfach die Uebersetzung des alten Wortes Bassurman (Alles, was Rußlands Feind war: Türken, Tataren u. s. w.) ins Moderne. Alles, was dem Russen am Ausländer antipathisch ist, alles das Fremdländische, mit dem der Russe sich nicht befreunden kann oder will, alles das Fremdländische, das mit dem Russen konkurrirt oder ihn exploitirt — alles dieses ist im Nemez enthalten, alles dieses umfaßt das eine Wort Nemez seit der Zeit Peters des Großen. Der „Bassurman" verschwand aus dem Gebrauch und an seine Stelle trat der „Nemez". Germanien bedeutet nicht ganz dasselbe und mit Deutschland sollen wir nicht nur in Frieden, sondern auch im Bündniß leben. Verstehen Sie mich wohl recht: Mit Germanien und mit den Germanen! Was sollen wir denn mit Germanien theilen? Wir haben nichts, was wir theilen könnten. Selbst die Ostseeprovinzen werden sich nicht gerne Germanien anschließen, geschweige denn die Polen. Da wir nichts zu theilen haben, so haben wir auch keinen Grund zu einem Kriege."

„Aber der „Drang nach Osten?" „Glauben Sie mir, leere Phrasen! Wenn Germanien siegte, so wäre das wohl der letzte Sieg, so viele Anstrengungen würde der Sieg kosten. Siegten wir, so würden wir nichts gewonnen haben, denn wir haben nichts im Westen zu suchen und müßten das, was wir im Westen eroberten, früher oder später wieder herausgeben. Es wäre nichts als reines Blutvergießen. Ich behaupte nicht, daß wir Herzensfreunde Germaniens sein können. Wir können aber unser Nachbarreich achten und von demselben dieselbe Achtung verlangen. Wir sind gleich stark. Wenn aber zwei gleich starke Staaten sich bekämpfen, so heißt das nur unnütz die Kräfte vergeuden und den schadenfrohen Nachbarn Gelegenheit geben, aus dem Streit Vortheile zu ziehen. Leute, die gleich stark sind, haben um sich Personen zu gruppiren, die weniger stark sind, nicht aber sich zu bekämpfen. Das ist meine Meinung." Zum Schluß erklärte der Moskowite noch, daß er unter dem Ausdruck „Germane" in erster Linie den Protestanten verstehe.

— Graf Hatzfeldt hat eine auf drei Wochen berechnete Urlaubsreise angetreten, um sich von den Folgen eines typhösen Anfalles zu erholen. Seine Vertretung wird der Unterstaatssekretär Dr. Busch übernehmen. Graf Hatzfeldt wird sich zunächst nach Wiesbaden und dann nach Italien begeben. Hieran knüpft sich alsbald das Gerücht, Graf Hatzfeldt solle Herrn von Schlözer in dessen Verhandlungen zur Seite treten; dieses Gerücht wird uns als geradezu widersinnig bezeichnet. Daß Herr von Schlözer in seiner Mission nicht weiter kommt, wird auch hier nicht mehr bestritten.

— Die Agrarkommission setzte die Berathung über die Hundesteuervorlage fort. Der § 3 bestimmt, daß die Hundesteuer als Kreissteuer von den Kreisen erhoben wird; § 4 bestimmt, daß mit der Einführung der Hundesteuer als Kreissteuer dieselbe in den zu dem Kreise gehörigen Gemeinden als Gemeindesteuer in Wegfall kommt. Die Kommission lehnte die Anträge, eine obligatorische Kreissteuer auf 3 bis 6 Mark zu normiren und allgemein mit Ausnahme der Gutsbezirke die Befugniß zu geben, neben der Kreissteuer eine Kommunalsteuer bis zur Gesammthöhe von 20 Mark zu erheben, ab. Die Kommission beschloß auf Antrag des Abg. v. Holtz, daß denjenigen Städten, welche die Hundesteuer eingeführt haben und den Städten, welche bis zu dem gesetzlich bestimmten Termin dieselbe eingeführt haben würden, die Hundesteuer als Kommunalsteuer zu belassen. Der Kreis soll nur befugt sein, in den übrigen Gemeinden Hundesteuer nach Maßgabe dieses Gesetzes zu erheben, die Beträge jedoch zum Nutzen dieser Gemeinden zu verwenden. Die Kommissare der Regierung hatten sich gegen den Antrag erklärt. § 5, wonach die für Hunde von Militärs bezahlte Steuer für militärische Wohlthätigkeitszwecke an die Militärbehörden abzuführen ist, wurde angenommen.

Ausland.

Paris, 4. März. Gambetta versichert heute abermals in der „Republique française", daß er durchaus kein systematischer Gegner des Ministeriums sei und daß er es ebenso wenig auf baldige Auflösung der Kammer abgesehen habe, da letztere, wenn sie nach dem neuen System gewählt sei, sich von der alten doch nicht unterscheiden würde. Was Frankreich brauche, das sei die Listenwahl, und nur auf diese gingen seine Bestrebungen hin. Es mag in dieser Behauptung eine gewisse Wahrheit liegen, wenigstens lassen sich auch so die beständigen Versuche, die Kammer vor dem Lande zu diskreditiren, erklären. Wenn das Land durch die publizistische Thätigkeit der gambettistischen Organe erst zur Ueberzeugung gebracht sein wird, daß es mit der Arrondissementswahl nur Ignoranten und eigennützige Politiker in die Kammer geschickt habe, dann, so hofft man in gambettistischen Kreisen, wird sich sein Unwillen so stark äußern, daß es durch moralischen Druck die Deputirten zur Annahme der Listenwahl zwingen wird. Es ist nun allerdings bei dem fortwährenden Wechsel des politischen Schwergewichts in Frankreich nicht anzunehmen, daß Freycinet mit seinen Kollegen ewig oder auch nur Jahre lang am Ruder bleiben wird, ob aber dann Gambetta zur Nachfolge berufen wird, scheint heute noch sehr zweifelhaft, noch zweifelhafter, ob die jetzige Kammer jemals die Listenwahl annehmen wird. Gambetta hat sich alle andern Parteien entfremdet und kann höchstens noch auf die Union republicaine rechnen. Man sollte meinen, daß die radikale Linke eher zu dem viel radikaleren Gambetta als zu Freycinet neigen sollte, aber gerade das Gegentheil ist der Fall. Die Gambettisten verhehlen ihren Unwillen darüber auch gar nicht und werfen Freycinet vor, daß er den Intransigenten in übertriebener Weise entgegenkomme und auf ihre Wünsche aus Furcht zu viel Gewicht lege.

In Wirklichkeit ist es ihnen sehr unangenehm, daß sich zwischen Clemenceau und Freycinet ein ganz annehmbarer modus vivendi herausgebildet hat. Das Gesetz über die Ausweisung von Ausländern erfüllt einen alten Wunsch der Radikalen, die sich keinem Zweifel darüber hingeben, daß sie unter Gambetta noch lange auf diese Errungenschaften hätten warten müssen. Die fortwährenden Nörgeleien der gambettistischen Presse aber finden im Lande nur wenig Anklang, und der wegwerfende verächtliche Ton, in welchem „Rep. fr." und „Voltaire" von den Deputirten sprechen, erbittert diese täglich mehr. (N.-Z.)

Konstantinopel, 28. Februar. Die seit einer Woche hier umlaufenden Gerüchte von der Aufstellung einer osmanischen Armee von 200,000 und einer Mobilisirung von 150,000 Mann melde ich Ihnen einzig, um sie als vollständig unbegründet zu bezeichnen. Weder den Rodomontaden Skobelews, noch den Redeergüssen des russischen Generalkonsuls und politischen Agenten Hittrowo in Sofia wird hier eine große Bedeutung beigemessen; nur eine retrospektive Betrachtung knüpft man daran; man schließt, was geworden wäre, wenn Gambetta sich noch in Frankreich am Ruder befunden hätte.

Ueber die augenblicklich in Jemen herrschenden Zustände weiß man auch heute hier noch wenig mehr wie zur Zeit, da ich Ihnen zuerst darüber schrieb. England scheint beabsichtigt zu haben, durch Unruhen, die es um Sana her erregte, eine Diversion gegen etwaige Absichten der Pforte, Egypten zu besetzen, zu machen. Ob, nachdem diese letztere Eventualität heute entschieden in den Hintergrund getreten ist, die britischen Intriguen in Jemen noch fortdauern, weiß ich nicht. Dieselben scheinen indeß der Pforte zu Beunruhigungen Anlaß gegeben zu haben, wie an und für sich aus den nach dorthin gemachten Truppensendungen sich ergiebt. Es heißt, England habe, namentlich durch Unterstützung mit Geld, einen muselmännischen, aus Indien stammenden oberen Geistlichen, den Scherif Nedjeddin von Bombay, dazu veranlaßt, sich unter der Beduinen-Bevölkerung einen zahlreichen Anhang zu verschaffen, und seien es diese Reiterhorden, welche jüngst zu mehreren Malen die Verbindung von Sana mit dem Hafen Gedeida aufgehoben oder bedroht hätten. Diese Bewegung, so habe man hier gefürchtet, könne für die Autorität nicht nur des Sultans in den betreffenden Gegenden, sondern selbst für seinen arabischen Besitz, namentlich für den der heiligen Stätten gefährlich werden — und eben deshalb habe man es für angezeigt erachtet, energisch

zu verfahren und ohne allen Aufschub eine dem Bedarf entsprechende Truppenzahl von hier aus nach Jemen zu entsenden.

Ueber den Stand der Dinge in Egypten ist die hiesige Presse sehr schweigsam. Als Hauptakteur auf der dortigen Szene, der in den europäischen Blättern vielfach genannte Araby Bey, wird hier unter dem Namen Achmed Bey Arabi (Achmed Bey der Araber) und ganz neuerdings Achmed Pascha Arabi aufgeführt. Im Hinblick auf Egypten hat die Türkei augenscheinlich ein fernab gelegenes Interesse und ein ihr näher gestelltes im Auge, das erstere betrifft die eventuelle Wiederherstellung der direkten Obergewalt des Sultans über die Nil-Lande, was als absolut ausgeschlossen betrachtet werden muß. Dagegen hätte der Rücktritt Englands und Frankreichs von der Einmischung in die egyptischen Angelegenheiten und ihrer Leitung der näher gelegenen Eventualität die hohe Bedeutung für die Pforte, daß damit der Gefahr vorgebeugt werden würde: es könne das dortige Regime in irgend einem dafür sich bietenden Augenblick auf ihre unmittelbaren Besitzungen angewendet und dieselben, wenn nicht der Kontrolle von zwei, so doch von sechs Mächten unterstellt werden. (N.-Z.)

Provinzielles.

Stettin, 8. März. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten theilte zunächst der Vorsitzende, Herr Dr. Wolff mit, daß eine Petition einiger Hausbesitzer eingegangen sei, welche um Ermäßigung des Kommunalzuschlags zur Gebäudesteuer ersuchen. Dieselbe ist der Finanz-Kommission als Material zur Vorberathung des Etats überwiesen. — Ein weiteres Schreiben ist wiederum von Herrn Bau-Unternehmer Segebarth, betreffend die Verhandlungen zwischen ihm und dem Magistrat wegen Ueberlassung eines Terrain-Streifens auf der Mühlenbergstraße, eingegangen. Dasselbe wird dem Magistrat zur Rückäußerung übergeben. — Demnächst wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Berathung der Vorlage betreffend die Reorganisation der Magistrats-Mitglieder-Wittwen-Kasse nimmt $2\frac{1}{2}$ Stunden in Anspruch. Ueber dieselbe referirte Herr Cohn. Bekanntlich existirt bereits eine Wittwenkasse für die Magistrats-Mitglieder, dieselbe hatte am 1. Januar d. J. ein Vermögen von 50,182 Mark, im vorigen Jahre wurden aus derselben 2 Wittwen mit je 808 Mk., in diesem Jahre drei Wittwen mit je 606 Mk. unterstützt. Diese Pension ist nicht als ausreichend zu erachten mit Rücksicht auf die aufopfernde Thätigkeit, welche die Magistrats-Mitglieder für die Stadt entfalten und mußte anderweitige Hülfe geschaffen werden. In der Sitzung vom 24. November v. J. erklärte sich in Folge dessen die Versammlung im Prinzip damit einverstanden, daß für die Magistrats-Mitglieder eine neue Wittwen-Kasse begründet werde und erwartete vom Magistrat weitere Vorschläge. Dieselben liegen jetzt vor. Wir wollen es unterlassen, auf die sehr umfangreichen Debatten darüber näher einzugehen und beschränken uns auf einen kurzen Bericht. Gleich bei Beginn der Debatte sprach sich Herr Graßmann prinzipiell gegen Errichtung der Wittwen-Kasse aus, da er es nicht für zweckmäßig hält, daß für die 8 besoldeten Magistrats-Mitglieder eine besondere Kasse errichtet und zu derselben aus öffentlichen Mitteln Zuschüsse genommen würden, also die Steuerzahler ihren Beitrag geben müßten. Sollte für die Lehrer, sowie für alle städtischen Beamten eine gemeinsame Wittwen-Kasse begründet werden, so würde er derselben mit Freuden zustimmen, aber würde eine Kasse für nur 8 Mitglieder geschaffen, so setzte man sich der Gefahr aus, daß schließlich jede andere Kategorie von städtischen Beamten mit gleichem Rechte die Errichtung einer eigenen Wittwenkasse wünsche.

Mit Rücksicht auf diese Einwendung schlug der Vorsitzende vor, zunächst eine Abstimmung über die prinzipielle Frage, ob überhaupt eine derartige Kasse errichtet werden soll, vorzunehmen. Herr Dr. Amelung plaidirte für Errichtung der Kasse, da er glaubt, daß die von Herrn Graßmann angeführten Bedenken nicht zutreffen. Die Versammlung habe für die Magistrats-Beamten dadurch gesorgt, daß sie das Leben derselben mit Zuschüssen aus städtischen Mitteln versichert habe. Die Lehrer hätten ihre besonderen Einrichtungen, auch sei es noch nicht entschieden, ob sie nicht dem Pensions Gesetz angeschlossen würden, welches z. Z. dem Landtage vorliegt. Wenn dies nicht der Fall, so würde die Stadt auch noch Mittel und Wege finden, für die Lehrer zu sorgen.

Nachdem zu dieser Frage die Herren Oberbürgermeister Haken, Dr Amelung, Graßmann und Saunier wiederholt das Wort ergriffen, wird die Errichtung einer neuen Wittwenkasse beschlossen.

Der demnächst angenommene Entwurf des Statuts basirt besonders auf folgenden Punkten: „Neben der schon bestehenden Kasse wird eine neue eingerichtet und von einer städtischen Deputation verwaltet. Die besoldeten Magistrats-Mitglieder, auch die unverheiratheten, sind verpflichtet, derselben beizutreten. Die Stadt gewährt vom 1. April d. Js. ab einen jährlichen Zuschuß von 2000 Mark auf 12 Jahre. Die Mitglieder zahlen einen jährlichen Beitrag von 65 Mk., die Wittwen erhalten in jedem Jahre als Pension den vierten Theil von den Zinsen, welche im vorangegangenen Jahre von den dauernd angelegten Kapitalien erhoben sind. Sobald das Vermögen der alten und der neuen Kasse zusammen 90,000 Mk. beträgt, werden sie zu einer gemeinschaftlichen Kasse vereinigt. Die Organisation dieser Kasse bleibt der städtischen Behörde mit verschiedenen Beschränkungen überlassen, u. A. sind sämmtliche besoldete Magistrats-Mitglieder verpflichtet der Kasse beizutreten und 80 Mark Jahresbeitrag zu zahlen. Die Wittwen der Magistrats-Mitglieder, welche nur der alten Kasse angehörten, erhalten die festgesetzte Maximalpension von 900 Mk. Die Pension der übrigen Wittwen wird für jedes Jahr im Voraus festgesetzt. Entscheidend ist hierüber einerseits der Kapitalbestand, welcher am 1. April des betreffenden Jahres zu erwarten ist, andererseits die Zahl der vorhandenen Wittwen am 1. Dezember des vorangegangenen Jahres. Die Pension soll nämlich bei dem niedrigsten Kapitalbestande von 90,000 Mk. mit 1200 Mk. beginnen und sich stufenweise bei jeder Vermehrung des Kapitals um je 10,000 Mk. um 100 Mark bis zu einem Maximum von 2000 Mk. erhöhen. Bei einem Kapitalbestand von mindestens 180,000 Mark können die städtischen Behörden beschließen, die Beiträge zu ermäßigen oder auf Zeit zu beschränken oder ganz zu erlassen. Die Ueberschüsse, welche nicht zu Wittwen-Pensionen und zur Erhaltung des Kapitalbestandes von 180,000 Mk. erforderlich sind, sind zu einem zweiten Fonds anzusammeln, dessen Zinsen nach bestimmten Grundsätzen zu Unterstützungen für die Kinder der besoldeten Magistrats-Mitglieder verwandt werden."

Eine sehr lebhafte Debatte entspann sich besonders darüber, ob nicht schon Unterstützungen an die hinterbliebenen Kinder der Mitglieder gezahlt werden könnten, ehe ein Kapitalbestand von 180,000 Mark erzielt ist. Doch wurden drei in dieser Beziehung von den Herren Dr. Amelung, Domke und Dr. Wegener gestellte Anträge abgelehnt.

Die Vorlage wurde schließlich mit der Voraussetzung angenommen, daß das von dem Magistrat entworfene Statut der Versammlung zur Genehmigung vorgelegt werde.

In der 21. und 22., sowie in der 24. Armen-Kommission ist die Zahl der Almosen-Empfänger so erhöht, daß eine Theilung dieser Kommission und die Neubildung einer 27. und 28. Armen-Kommission nöthig ist. Dieselbe wird genehmigt und zum Vorsitzenden der 27. Kommission Herr Hauptlehrer Pagel, Turnerstr. 12, zum Vorsitzenden der 28. Kommission Herr Rentier Michaelis, Grenzstr. 19, gewählt. — Zum Vorsteher für den 11. (bisherigen 5.) Stadtbezirk wird Herr Rentier Kellner, Kohlmarkt 16—17, gewählt.

Zu dem Verkaufe der 1938,66 Qm. großen Baustelle an der Ecke der Deutschen- und Scharnhorststraße für 10 Mk. 70 Pf. je Qm. an den Zimmermstr. R. Heider wird der Zuschlag ertheilt, ebenso zu der Vermiethung der Läden Nr. 9 und 10 im Budenhause vom 1. April d. J. ab auf 5 Jahre an den Kaufmann Asendorf für 1600 Mark jährliche Miethe und zu der Verlängerung des Vertrages über die Verpachtung der Baustellen Nr. 12—14 von Petrihof auf 3 Jahre für die bisherige Pacht von 56 Mk. pr. Jahr.

Zur Verlegung eines Gasleitungsrohres in der Alleestraße werden 5200 Mk. bewilligt, und für den Bau des Gewächshauses in den Anlagen 500 Mk., an Reise- und Fuhrkosten der Oekonomie-Deputation 400 Mk. und an Kosten für die Untersuchung der Lebensmittel 600 Mark nachbewilligt.

Das Grundstück Pommerensdorferstr. 25 ist von der Stadt an Herrn Kaufmann Dillger und von diesem an die Herren Kaiser u. Jepp vermiethet. Nach einem Gutachten des Kreisphysikus Dr. Göden ist das auf dem Grundstück stehende Gebäude jedoch so feucht, daß das Bewohnen desselben der Gesundheit schädlich und haben deshalb die Miether um Aufhebung des Miethsvertrages gebeten. Die Aufhebung wird genehmigt.

Die Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Fiskus wegen Herstellung der Straßenstrecke vorlängs des Fourage-Magazins unterhalb des Rathhauses sind jetzt endlich zu einem Abschluß gebracht. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Herstellung Seitens der Stadt auf Kosten des Militär-Fiskus erfolge und die fernere Unterhaltung die Stadt übernimmt, jedoch mit der Maßgabe, daß die ganzen Pflasterkosten vom Militär-Fiskus getragen werden, auch wenn dieselben die von diesem ausgesetzte Summe von 2270 Mark übersteigen.

Die übrigen noch auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände werden mit Rücksicht auf die späte Stunde (9 Uhr) abgesetzt.

— Das „Komitee der deutschen Flotte", welches sich hier bekanntlich im Jahre 1848 konstituirte, um für Erbauung eines deutschen Kriegsschiffes Geldbeiträge zu sammeln, besitzt, wie die „N. St. Ztg." meldet, aus den damals eingegangenen Geldern noch einen Restbestand, der zu gemeinnützigen Zwecken verwandt wird. Dasselbe hat nun dem „Stettiner Lloyd" durch Herrn Stadtrath Becker die Summe von 500 Mark zur Vertheilung an die Mannschaft 2c. der „Kätie" überreichen lassen. Herr Kapitän Weiß hat übrigens, wie wir hören, zu Gunsten seiner Mannschaft auf jegliche Geldspende verzichtet.

— Die Frühjahrs-Prüfungen in den städtischen Volks-, Bürger- und Mittelschulen sind wie folgt festgesetzt: Donnerstag, 16. März, Grünhof, Mädchenschule. Freitag, 17. März, Lukasschule. Sonnabend, 18. März, Johannishofschule. Montag, 20. März, Westendschule. Dienstag, 21. März, Neu-Torneyschule. Donnerstag, 23. März, Oberwiekschule. Freitag, 24. März, Pommerensdorfer Anlageschule. Sonnabend, 25. März, Knabenschule auf der Galgwiese. Montag, 27. März, Knabenschule am Rosengarten, katholische Schule. Dienstag, 28. März, städtische Töchterschule. Die Prüfungen beginnen in allen Schulen Vormittags, um 9 Uhr, nur in der katholischen Schule Nachmittags um 2 Uhr.

— („Bismarck" als Taufname.) Vor Kurzem hat die Familie des Sängers Albert Niemann eine Vermehrung durch einen Knaben, den zweiten seines Geschlechtes, gefunden. Mit der Meldung dieses Zuwachses seiner Familie beim Standesamt beauftragte der Künstler die Hebamme, und zwar wurde dieser die Weisung, die Vornamen für den neugebornen Weltbürger anzumelden, mit etwa folgenden Worten gegeben: „Gottfried soll der Kleine zur Erinnerung an meinen Vater, Richard zu Ehren Richard Wagners und endlich nach Bismarck Otto heißen." Die „weise Frau" merkte sich diesen Auftrag so gut, daß sie beim Standesbeamten für den kleinen Staatsbürger die Namen Gottfried, Richard, Bismarck, Otto anmeldete. Sie hatte nämlich die oben zitirten Worte so verstanden, und daher führt der jüngste Sohn des Künstlers in Folge dieses Irrthums die Namen Gottfried Richard Bismarck Otto Niemann. — So erzählt wenigstens das „W. Frdbl."

— Eine seltene Feier beging am Montag die Pianoforte-Fabrik von C. Wilke hierselbst. Der Klavierbauer Aug. Heinke feierte seinen 60. Geburtstag und gleichzeitig sein 40jähriges Jubiläum als Mitarbeiter obiger Firma. Der Chef der Fabrik, Herr Ernst Wilke drückte in einer herzlichen Ansprache dem Jubilar den Dank für die treue Mitarbeiterschaft aus und hielt die ausgezeichneten fachlichen Leistungen desselben den übrigen Arbeitern der Fabrik als leuchtendes Beispiel vor. Nach Ueberreichung eines Ehrengeschenks vereinigten sich die Angestellten der Fabrik zu einer gemeinsamen Feier, welche erst in später Stunde ihr Ende fand.

— Während der Sommermonate besteht in Kreckow eine Postagentur als Zweigstelle des Postamts zu Neu-Torney; vom 19. Juni bis 27. Oktober v. J. wurde diese Agentur von dem Postpraktikanten Franz Marticke aus Demmin verwaltet. Am 27. Oktober wurde die Agentur aufgelöst und stellte sich bei Revision der Kasse ein Manko von 700 Mark 35 Pf. heraus. Marticke deckte dies Manko und gestand auch dem mit Führung der Untersuchung betrauten Postkassirer ein, daß er das Geld unterschlagen und zur Deckung von Schulden verwendet habe. Der in Folge dessen eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung entzog sich M. durch die Flucht, stellte sich jedoch in Wien selbst den Behörden. In der gestrigen Sitzung der Strafkammer des Landgerichts hatte sich derselbe deshalb wegen Unterschlagung amtlich anvertrauter Gelder zu verantworten. Bei seiner Vernehmung zog er sein früheres Geständniß zurück und machte die unglaubwürdige Ausrede, ein ihm unbekannter Herr, dem er einst in Greifswald 30 Mark geliehen habe, sei zu ihm gekommen und habe ihm aus Dankbarkeit 500 Mark „zum Andenken" geschenkt. Da M. jedoch einsehen mochte, daß die Romanze von diesem unbekannten Wohlthäter bei dem Gerichtshof keinen Glauben fand, zog er es vor, schließlich noch ein offenes Geständniß abzulegen, indem er zugab, daß er das Geld unterschlagen habe. Der Gerichtshof erkannte hierauf auf 1 Jahr Gefängniß.

Den Knecht Alb. Fr. Wilh. Künzel aus Rensin trifft eine 9monatliche Gefängnißstrafe, weil er am 21. August dem Knecht Hermann Dittmann auf der Dorfstraße zu Nemitz eine nach Ansicht des Arztes lebensgefährliche Verletzung mittelst eines gefährlichen Werkzeugs beigebracht hat.

Kunst und Literatur.

Theater für heute Stadttheater: „Carmen." Oper 4 Akten.

Das hier längst abgethane Lustspiel von Moser-Schönthan „Unsere Frauen" hat auch in Berlin keine großen Sympathien zu erwecken vermocht. Interessant ist aus einer Besprechung des Stückes im „Kleinen Journal" die nachfolgende Stelle:

„Einen ganz besonderen Erfolg erzielte ein Gast des Theaters, der wohl vordem noch niemals die Bühne betreten haben dürfte und der sonst nur gewohnt ist, Schauspieler bei sich als Gäste zu sehen — Herr Dressel. Der erste Akt spielt nämlich in einem vornehmen Restaurant oder, wie es in dem Stücke selbst heißt, „bei Dressel". Herr Dressel, der nun durchaus nichts gegen die Anwendung seines Namens in pikanten Romanen und Theaterstücken einzuwenden zu haben scheint, wollte offenbar nicht zugeben, daß sein Name durch die Repräsentation eines ungeschlachteten Statisten verunstaltet werde und erschien in eigener Person. Der Beifall, den er bei diesem seinen ersten theatralischen Versuch fand, dürfte ihn veranlassen, seine Rolle auch an den künftigen Abenden weiter zu spielen. Für die dramatische Kunst aber ist durch diese Methode, Personen handelnd aufzuführen, gewieß eine neue Epoche angebrochen."

Dasselbe Blatt richtet nun an Dressel die folgenden Epigramme:

An Dressel.

Von Bühnenrollen solltest Du
In Zukunft Dich nicht locken lassen,
Und nur — denn dieses kommt Dir zu —
Mit Kasserollen Dich befassen.

An Ebendenselben.

Zum Mimen ward' nun schon der Koch.
Vortrefflich! — Nun, so darf sich doch
Kein Dichter wundern, wenn wir sagen:
Wir haben längst sein Stück im Magen;

Vermischtes.

— (Sport.) Der Norddeutsche Regatta-Verein beabsichtigt Anfang Juli eine Segelregatta in Kiel abzuhalten. Es werden 2 Klassen von Lustfahrzeugen gebildet werden, die 1. Klasse von Fahrzeugen über 18 Kubikmeter Größe, die 2. Klasse von gedeckten Fahrzeugen unter 18 Kubikmeter Größe. Die Größenunterschiede der verschiedenen Fahrzeuge werden durch Zeitvergütigung ausgeglichen. Die zu durchsegelnde Strecke ist für die 1. Klasse von der Seebadeanstalt um die Bülker Signalboje und zurück, ca. 15 Seemeilen, für die 2. Klasse von der Seebadeanstalt um Boje 4 bei Laboe und zurück, ca. 10 Seemeilen. Der Norddeutsche Regatta-Verein wird für seine Mitglieder einen Dampfer stellen, welcher die Regatta begleitet und hat auch das sonstige Publikum gegen Erlös von Karten Zutritt zu diesem Dampfer, auf welchem nach beendeter Regatta die Preisvertheilung stattfindet. Man hofft auf eine rege Betheiligung auch vom Auslande.

— (Auch eine Königswahl.) Als ums Jahr 755 Polen ohne Regenten war, wählten die Magnaten den Goldschmied Premislaus, weil er so listig war, aus Baumrinden eine Menge Sturmhauben und Schilde zu fertigen und an Sträuchern zu befestigen, daß die ungarischen Feinde diese Vogelscheuchen als Krieger ansahen und flüchteten. Dieser pfiffige Goldschmied nannte sich als Herzog Lescus I. Nach seinem Tode ließen die Woiwoden die Kron-Kandidaten um die Wette reiten und wer am schnellsten ritt, wurde Herzog. Ein wettreitender Lescus, welcher seinem Mitbewerber Fußangeln gelegt hatte, wurde in Stücke gehauen, der Unterliegende aber gewählt. Er fiel 805 in einer Schlacht gegen Karl den Großen.

— (Vorurtheil gegen Neger.) Ein Newyorker Blatt bringt folgenden Dialog, der dort kürzlich zwischen einem Kirchenvorsteher und einem Mitglied der betreffenden Kirchengemeinde stattfand: „Bruder Smith, was bedeutet das?" „Was denn?" — „Daß Sie einen Neger in diese Kirche mitbringen." — „Nun, er will beten." — „Ist das ein Grund, daß Sie damit die ganze Versammlung insultiren?" — „Aber er ist intelligent und wohlerzogen." — „Wen kümmert das? Er ist ein Neger." — „Aber er ist mein Freund." — „Entschuldigt gar nichts." — „Er ist ein Christ und gehört zu unserer Sekte." — „Dann soll er in die Negerkirche gehen." — „Er ist fünf Millionen Dollars werth." — „Wie viel?" — „Fünf Millionen." — „Ah, bester Bruder Smith, ich bitte Sie, mich ihm freundlichst vorzustellen."

Telegraphische Depesche.

Petersburg, 7. März. Das „Journal de St. Petersbourg" kommt nochmals auf die Angelegenheit des Konsuls Hitrovo in Sofia zurück und erklärt, daß die demselben von Zeitungskorrespondenten zugeschriebenen Aeußerungen dem diplomatischen Korps gegenüber vollständig erfunden seien. Gleichzeitig bezeichnet das genannte Journal die von mehreren Blättern gebrachten Anekdoten über eine Unterhaltung des Botschafters Saburow mit dem Fürsten Bismarck über verschiedene Persönlichkeiten als reine Erfindung.

Belgrad, 6. März. Das heute Abend ausgegebene Regierungsblatt veröffentlicht eine Proklamation des Fürsten, in welcher die von der Skupschtina beschlossene Erhebung Serbiens zum Königreich sanktionirt und bekannt gemacht wird, daß der Fürst den Namen: König Milan Obrenovics I. und der Thronfolger den Titel: Königl. Hoheit führen werden. Die Stadt ist illuminirt, von der Bevölkerung wird dem Könige soeben ein Fackelzug dargebracht.

Belgrad, 6. März. Der österreichische Gesandte begab sich heute in feierlichem Aufzuge zum Könige, um demselben die Glückwünsche des Kaisers von Oesterreich darzubringen, ebenso beglückwünschte der türkische Gesandte den König. Das Militär hat dem Könige bereits den Eid der Treue geleistet.

Bukarest, 6. März. In der Deputirtenkammer verlangte die Regierung einen Kredit von vier Millionen zur Anschaffung von Material für die Armee.

London, 6. März. Im Fortgange der Sitzung trat das Unterhaus durch Akklamation der vom Oberhaus beschlossenen Adresse an die Königin bei, welche Gladstone und Northcote auf das Wärmste befürwortet hatten. Sodann setzte Russel die Debatte über den Antrag Gladstone's bezüglich der irischen Landakte fort.

London, 6. März. Die beiden ältesten Söhne des Prinzen von Wales sind in Kairo angekommen und werden muthmaßlich bis zum 26. in Egypten bleiben. Eine Zeitung in Kairo, welche als Organ der Nationalpartei gilt, meldet, daß die egyptische Regierung mit dem Gedanken umgehe, die beiden Ausgangspunkte des Suezkanals zu befestigen, bereits sei ein Ingenieur beauftragt, in Suez den besten Platz für die Befestigungen ausfindig zu machen.

Wie aus Newyork gemeldet wird, dehnen sich die Ueberschwemmungen am unterer Mississippi über einen großen Flächenraum aus. In Arkansas sind nach oberflächlicher Schätzung 12000 Personen in Notystand gerathen, 20,000 Rinder ertrunken.

London, 7. März. Die Berathung des Gladstone'schen Antrags bezüglich der irischen Landakte wurde schließlich auf heute vertagt.

Newyork, 6. März. Nachrichten aus Lima zufolge, welche auf dem Wege über Panama hierher gelangt sind, haben der Unionsgesandte Trescott und Balmaceda ein Protokoll vereinbart, welches der peruanischen Regierung als Basis eines Friedensvertrags unterbreitet werden soll. Zur Beibringung der Unterschrift einer peruanischen Regierung, welche Chile Vertrauen schenken könne, ist dem Gesandten eine Frist von 90 Tagen gesetzt. Andernfalls soll das Protokoll null und nichtig sein.